

Stadt Unna reserviert „Wohnungspool“ für anerkannte Flüchtlinge

Geschrieben von Redaktion Rundblick-Unna.de am 31. März 2017 in Gesellschaft und Politik, Politik

Unna hat in diesem Jahr mit der Zuweisung von bis zu 300 Flüchtlingen zu rechnen ([Bericht hier](#)). Vom 1. April an wird die Stadt Unna daher **vorsorglich 10 Wohnungen für anerkannte Asylbewerber** anmieten. **50.000 Euro** plant sie dafür ein. Die Anmietung soll in Form eines „**Modellversuchs**“ **zunächst bis zum Ende des Jahres 2017** befristet werden.

Hintergrund ist die **Wohnsitzauflage**, die mit dem Bundesintegrationsgesetz vom August 2016 in Kraft trat und vermeiden soll, dass übermäßig viele Asylbewerber nach ihrer Anerkennung in die Großstädte ziehen und sich dort Ghettos bilden. Die Kommunen sind dazu verpflichtet, für diese gezielt ihnen zugewiesenen Asylanten Wohnraum bereit zu stellen, sagte Bürgermeister Werner Kolter am Donnerstag im Haupt- und Finanzausschuss. Da diese Zuweisungen durch die Bezirksregierung kurzfristig vorgenommen werden, wolle die Stadt mit einem reservierten „Wohnungspool“ vorsorgen.

An dieser „Vorratsanmietung“ von zunächst 10 Wohnungen im Stadtgebiet Unna für solche **anerkannten Asylbewerber (Familien, Wohngemeinschaften)** gab es Kritik von der Freien Liste Unna (**FLU**). Denn günstiger Wohnraum sei schon jetzt bekanntlich knapp in Unna. **Anerkannte Asylbewerber seien Hartz IV-Empfängern gleichgestellt**; reserviere die Stadt jetzt für sie Wohnraum, könne sich Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und den übrigen Bedürftigen bilden bzw. verschärfen. Es gehe hier um „**Wohnungen, auf die anderen 10 Jahre warten müssen**“, argumentierte FLU-Fraktionsvorsitzender Klaus Göldner.

Er hatte deshalb beim Bürgermeister vor der Hauptausschusssitzung einen **mehrteiligen Fragenkatalog** nach Alternativen eingereicht, z. B. fragte er nach Unterbringungsmöglichkeiten in den leer stehenden und gut renovierten Wohnungen in der **Landesstelle Massen**.



Kolter und mit ihm alle anderen Fraktionen argumentierten jedoch mit den Vorzügen einer „**möglichst dezentralen Unterbringung** in vorhandenen Wohnquartieren“: Denn es gehe um anerkannte Asylbewerber, die langfristig blieben. Auch von „dauerhaft Hierbleibenden“ war die Rede. Auch von dauerhaft Bleibenden war die Rede. Es sei ihnen nicht zuzumuten, später noch einmal umzuziehen. **Wartelisten bei der UKBS gebe es nicht**, sagten Bürgermeister Kolter und SPD-Fraktionsvorsitzender Volker König.

CDU-Ratsfrau Gabriele Meyer sprach als Vorsitzende des Sozialausschusses von einer „**moralischen Verpflichtung christlicher Nächstenliebe**“ und äußerte wie die anderen Fraktionen die Gewissheit, die Flüchtlinge auf diese Weise ins Stadtleben zu integrieren. Bürgermeister Kolter hielt Klaus Göldner entgegen, dass die Stadt hier nichts Unerüberlegtes vorschlage, und warnte nachhaltig davor, „Gruppen gegeneinander auszuspielen“. **Damit spiele man rechten Gruppen in die Hände**.

Hingegen verwahrte sich Klaus Göldner energisch davor, in „eine Ecke gestellt“ zu werden. „**Ich habe nur gefragt, ob es Alternativen gibt. Und diese Konkurrenzen bestehen sehr wohl. Es gibt Konkurrenz um Wohnungen und auch um Arbeit.**“

Der Antrag der Verwaltung wurde mit 19 Ja-Stimmen (SPD, CDU, Grüne, Linke, FDP, frakt.loser Christoph Tetzner) und einem Nein der FLU angenommen.

Zum Sachstand eines lt. Bürgermeister seit 2016 forcierten Sozialwohnungsbaus will die Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung am 26. April einen Bericht abgeben. Die UKBS hat schon vorletztes Jahr ca. 33 Mio. Euro für sozialen Wohnungsbau reserviert, es mangelt aber an Grundstücken. An der Potsdamer Straße werden ab Juni 2017 ca. 140 öffentlich geförderte Wohnungen entstehen, die freilich erst in 2 Jahren fertig sind.